

Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2009

Hans.Thie@Linksfraktion.de

Thema	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP
Maßnahmen gegen die Krise Industriepolitik Öffentliche Investitionen	<p>Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze auflegen. Mit Investitionen von 100 Milliarden Euro pro Jahr in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr die Krise bekämpfen. Eine Million dieser Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen.</p> <p>Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft einrichten und mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung industrieller Arbeitsplätze und für die Unterstützung der Unternehmen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte.</p> <p>500 000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektor.</p> <p>Verteilung von Einkommen und Vermögen gerechter gestalten. Deutlich höherer Anteil der Löhne am Volkseinkommen und gerechte Steuerpolitik, welche die Vermögens-einkommen, große Erbschaften und Finanzgeschäfte wesentlich stärker belastet als bisher. Millionärsteuer für die Bewältigung der Krisenlasten.</p>	<p>Aktive Industriepolitik, um die industrielle Basis zu erhalten und zu modernisieren.</p> <p>Ausbau zukunftsträchtiger Leitmärkte wie Klima- und Umwelttechnik, Gesundheitstechnologien oder Kreativwirtschaft.</p> <p>High-Tech-Gründerfonds stärken und auf andere Bereiche ausdehnen.</p> <p>Staat bei Bedarf als Ko-Investor in den strategischen Bereichen Energie, Verkehr und soziale Dienstleistungen.</p> <p>((Im SPD-Wahlprogramm ist der sogenannte „Deutschland-Plan“ von Steinmeier nicht enthalten.))</p>	<p>Eine Million neue Jobs durch strategische Wirtschaftspolitik (Zukunftsinvestitionen vorziehen, ökologischen und soziale Schwächen unserer Wirtschaftsordnung beseitigen). Konkret:</p> <p>400.000 neue Jobs durch ökologische Modernisierung, 185.000 neue Jobs durch Bildungsinvestitionen, 150.000 neue Jobs durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem, 60.000 neue Jobs im sozialen Arbeitsmarkt (langfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung), 200.000 neue Jobs durch den Abbau von Schwarzarbeit (kleine Einkommen von Sozialbeitrügen und Unternehmen von Bürokratie entlasten).</p> <p>Staatshilfen nur für Unternehmen, die zukunftsfähige Produktpaletten haben oder entwickeln. Vorzugsweise als staatliche Beteiligungen, um staatlichen Einfluss zu sichern.</p> <p>Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll, wenn von ihnen gewünscht, im Zentrum der Unternehmensrettung stehen.</p> <p>In den staatlich unterstützten Unternehmen soziale und ökologische Zielsetzungen stärker verankern.</p>	<p>Nationale Stärken ausbauen.</p> <p>Konkret: in der Verkehrs-, Automobil- und Mobilitätsforschung, in der Entwicklung und Anwendung neuer Werkstoffe und im Anlagen- und Maschinenbau.</p> <p>Mit dem Zukunftsprojekt „Modellregion Elektroautos“ Voraussetzungen schaffen, dass bis zum Jahr 2020 auf den deutschen Straßen eine Million Elektrofahrzeuge im Einsatz sind.</p> <p>Zukunftsprojekte „Gesundheitsforschung“ und „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“ stärken.</p> <p>Bei der Unterstützung von Unternehmensinvestitionen in Deutschland auch in Zukunft auf die ERP-Programme, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und die Kreditanstalt für Wiederaufbau setzen.</p>	<p>Ausstieg des Staates bei Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten, sobald die wirtschaftliche Lage besser wird.</p> <p>Dafür Re-Privatisierungsrat einsetzen. Der Re-Privatisierungsrat entwirft eine Zeitablaufplanung, die Flexibilitätspuffer enthalten sollte und somit die Lage an den Kapitalmärkten berücksichtigen kann. Solange der Staat sich an Unternehmen des Finanzsektors beteiligt, hat er Steuermittel zurückhaltend einzusetzen, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und seine Auflagen so auszugestalten, dass dadurch keine unverantwortliche Risikopolitik in den Banken verursacht wird.</p>
Bankenrettung Finanzaufsicht	<p>Private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren. Den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand überführen und - entsprechend den Sparkassen - auf das Gemeinwohl verpflichten. Leerverkäufe, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften verbieten. Steuerroasen austrocknen. Zinsgünstige Finanzierung sinnvoller Investitionen gewährleisten. Kleinen und mittleren Unternehmen sowie Konsumentinnen und Konsumenten faire Konditionen</p>	<p>Keine Geschäfte mehr außerhalb der Bilanz. Bessere Eigenkapitalausstattung. Keine kurzfristige und spekulative Beteiligungen zu Lasten von Standorten und Arbeitsplätzen. Kein Markt, kein Produkt, kein Akteur, kein Territorium und kein Staat ohne Aufsicht. Bessere Kooperation zwischen Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie mehr Prüfungs- und Eingriffsrechte. Frühzeitigere Ausschüttungs- und Zahlungsverbote an Mutterhäuser. Schärfere Regeln für Vertriebsgeschäfte und einheitliche Definition</p>	<p>Vorübergehende (Teil-) Verstaatlichung sinnvoll. Ansonsten am dreigliedrigen Bankensystem aus genossenschaftlichen, öffentlichen und privaten Banken festhalten.</p> <p>Alle Produkte, alle Akteure, alle Länder in die Finanzmarktordnung und -aufsicht einbeziehen. Besonders riskante Finanzprodukte auch verbieten. Eigenkapitalvorschriften für alle Finanzinstitutionen und nicht wie bisher nur für Banken. Kreditnehmer in ihren Rechten stärken. Steuerroasen bekämpfen. Einführung einer europäischen Finanzumsatzsteuer für alle Währungs- und Aktiengeschäfte</p>	<p>Am deutschen Drei-Säulen-Bankmodell festhalten. Rating-Vorgaben für Banken ändern.</p> <p>Verhindern, dass durch eine restriktive Bewertungspraxis bei den Banken die Kreditversorgung für den Mittelstand mitten in der Krise zusammenbricht.</p> <p>Bei Finanzinvestoren mehr Transparenz durchsetzen. Hedge Fonds sind einem international abgestimmten Regelwerk zu unterwerfen.</p> <p>International einheitliche Standards der Regulierung und Überwachung schaffen. Bankenaufsicht in Deutschland unter einem Dach</p>	<p>Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) umfassend durch das Parlament kontrollieren.</p> <p>Deutsche Bankenaufsicht konzentrieren, stärken und professionalisieren. Konzentration der Aufsicht bei der Bundesbank.</p> <p>Mittelfristig EU-weite Bankenaufsicht schaffen, die bei der EZB anzusiedeln und in den EU-Verträgen abzusichern ist. Kreditverbriefung gehört auf den Prüfstand.</p> <p>Wer als Manager im Finanzmarkt unverantwortliche Risiken eingegangen ist, muss zur Rechenschaft gezogen werden und persönlich wie</p>

	LINKE	SPD	Grüne	CDU / CSU	FDP
	<p>bieten. Kostenloses Girokonto für jede und jeden ermöglichen. Börsenumsatzsteuer am Finanzplatz Deutschland und möglichst international einführen.</p>	<p>von Kernkapitalanforderungen. TÜV für Finanzprodukte. Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds strenger regulieren, registrieren und lückenlos überwachen. Weniger Dominanz einiger weniger amerikanischer Rating-Agenturen.</p>	<p>(auch außerbörslich). Keine steuerlichen Privilegien für Finanzprodukte. Prüfen, ob eine Wiedereinführung der Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen sinnvoll ist. Europäische Finanzaufsicht schaffen. Geschäftsmodell der Rating-Agenturen ändern (Beratungsgeschäft und Bewertung strikt trennen). Finanzmärkte ergrünen und zu einem zentralen Hebel für mehr Klimaschutz werden lassen.</p>	<p>zusammenführen. In der Europäischen Union die Aufsichtsbehörden im Rahmen der Europäischen Zentralbank zusammenführen. Bei Rating-Agenturen Trennung von Bewertung und Beratung. Europäisch wie international muss eine Aufsicht über Rating-Agenturen geschaffen werden. Europäische Rating-Agentur schaffen.</p>	<p>finanziell die Konsequenzen tragen. Errichtung einer unabhängigen europäischen Rating-Einrichtung prüfen.</p>
<p>Privatisierung</p> <p>Öffentlicher Sektor</p>	<p>Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beenden, keine Public Private Partnership (PPP)-Projekte eingehen. Elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Busse, Bahnen und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand oder gemeinnütziger Trägerschaft organisieren. Öffentlichen Dienst und die öffentlichen Unternehmen am gesellschaftlichen Bedarf orientieren und in diesem Sinne weiterentwickeln. Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge rekommunalisieren. PPP-Beschleunigungsgesetz zurücknehmen. Börsengang der Bahn endgültig stoppen. Öffentlichen Nah- und Fernverkehr ausbauen und flächendeckendes Angebot als Alternative zum Individualverkehr durchsetzen. Preise sozialverträglich und familienfreundlich gestalten. Öffentlichen Sektor ausbauen und bürgerinnen- und bürgerfreundlich modernisieren. Aufgabenbereiche und Arbeitsorganisation überprüfen. Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern transparent und ergebnisorientiert gestalten. Beschäftigte umfassend weiterbilden. Soziale Sicherheit und Mitspracherechte im Öffentlichen Dienst gewährleisten. In einem neuen Dienstrecht das Beamtentum auf die unmittelbaren Hoheitsbereiche staatlicher Tätigkeit beschränken.</p>	<p>Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge sicherstellen. Die Entscheidung darüber, welche Leistungen der Daseinsvorsorge wie erbracht werden, ist den EU-Mitgliedsstaaten und ihren Gebietskörperschaften zu überlassen. Faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht. In der EU die Entscheidung darüber, welche Leistungen der Daseinsvorsorge wie erbracht werden, den EU-Mitgliedsstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen. Wo Private beteiligt werden, nicht nur nach dem kurzfristigen Nutzen für die öffentlichen Finanzen, sondern auch nach den Auswirkungen auf die künftigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten fragen. Für die Stromnetze Gründung einer Deutschen Netz AG ein. Dabei können wir uns auch eine staatliche Beteiligung vorstellen.</p>	<p>Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem persönlichen Leistungsvermögen, gewährleisten. Städte und Gemeinden unterstützen, die ihre Leistungen wieder selbst erbringen wollen. Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sichern, die interkommunale Zusammenarbeit fördern und auf europäischer Ebene die Schutzbereiche der Daseinsvorsorge klarstellen. Natürliche Monopole im Bereich der Netzinfrastrukturen müssen zumindest im Teilbesitz der Allgemeinheit bleiben oder – etwa im Bereich der Stromnetze – überführt werden. Mit sozialen Wirtschaftsbetrieben Langzeitarbeitslosen die Chance auf ein tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis bieten.</p>	<p>Verantwortung der Städte, Gemeinden und Landkreise, ihren Bürgern den Zugang zu allen Gütern und Leistungen, die für ein menschliches Dasein notwendig sind, zu gewährleisten. Die öffentliche Hand stößt bei der Aufgabenerfüllung häufig finanziell an ihre Grenzen. Daher müssen im Sinne der Nachhaltigkeit rentable Möglichkeiten der privaten Finanzierung intensiver als bisher genutzt werden. Dabei ist aber eine vollständige Privatisierung nicht grundsätzlich die beste Lösung. Wir wollen eine optimale Aufgabenverteilung zwischen staatlichen und privaten Wirtschaftseinheiten, die die Vorteile eines fairen Wettbewerbs nutzt, aber nicht zu Lasten einer sicheren und hochwertigen Daseinsvorsorge geht. Unser Ziel ist die Verbesserung von Qualität und Effizienz der Daseinsvorsorge für alle Bürger. Dazu können gerade auch öffentlich-private Partnerschaften beitragen.</p>	<p>Für einen Staat, der sich auf seine hoheitlichen Aufgaben beschränkt und sich aus der Wirtschaft zurückzieht. Gegen die Rekommunalisierung der Entsorgungswirtschaft und die steuerliche Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Unternehmen.</p>

	LINKE	SPD	Grüne	CDU / CSU	FDP
Mittelstand Existenzgründer Selbstständigkeit	<p>Kleine und mittlere Unternehmen wirksamer schützen. Bessere Abschreibungsregeln schaffen. IHK-Beiträge bis zu einem Gewerbeertrag von 30.000 Euro aussetzen. Vorschriften für die Auftragsvergabe an und von Großunternehmen verschärfen (kleine Lose). Strikteres Wettbewerbs- und Kartellrecht gegen Strom- und Gaskonzerne schaffen. Durchsetzung von Forderungen kleiner und mittlerer Unternehmen gesetzlich erleichtern. Patentrecht mit dem Ziel der leichteren und schnelleren Verwertung von Erfindungen auch durch kleine und mittlere Unternehmen reformieren. Solidarische Ökonomie unterstützen. Genossenschaften stärker fördern, ihnen die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stellen. Bessere Arbeitsbedingungen für Künstlerinnen und Künstler. Künstlersozialkasse erhalten.</p>	<p>Sicherer Kapitalzugang für den Mittelstand. Flächendeckend neue Anlaufstellen (One-Stop-Shop) und erleichteter Zugang zu Wagniskapital für Existenzgründer. Steuergutschriften für die Forschung („tax credit“) von kleinen und mittleren Unternehmen. Kreativwirtschaft: Unternehmensgründungen durch den Zugang zu Gründungskapital sowie Mikrokrediten erleichtern. Ausgleich zwischen Nutzerfreundlichkeit und gerechter Vergütung kreativer Arbeit. Bessere soziale Absicherung von Selbständigen und Beschäftigten. Stärkere Unterstützung des genossenschaftlichen Sektors.</p>	<p>Patente auf wirklich neue Produkte und Ideen beschränken. Reform des Europäischen Patentwesens. Besserer Zugang zu Wagniskapital und Mikrokrediten. Kreativwirtschaft stärken. Künstlerinnen und Künstlern eine bessere soziale Absicherung ermöglichen. Kammern reformieren, Zwangsmitgliedschaft prüfen und stärkere Öffnung ihrer Gremien für Menschen mit Migrationshintergrund. Solidarische Ökonomie unterstützen und ihre Förderung im Arbeits- und Sozialministerium verankern. Genossenschaftliche Rechtsform entbürokratisieren. Sicherer rechtlichen Rahmen für Regionalgeldinitiativen. Diskriminierung von Gemeinschaftsunternehmen bei Gründungs- und Förderprogrammen beenden. Diskriminierung von Genossenschaften bei den Programmen der Bundesanstalt für Arbeit beenden.</p>	<p>Steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittelgroße Unternehmen. Rahmenbedingungen für Investitionen in Chancenkapital verbessern. Meisterprinzip im Handwerk national wie im europäischen Kontext stärken. Rechtsrahmen öffentlicher Ausschreibungen für den Mittelstand erleichtern. In Europa ein verbessertes Patentsystem schaffen. Verbesserten Schutz geistigen Eigentums verwirklichen. Wettbewerbsfähige Netzwerkbildung von Mittelstand und Handwerk, Forschungseinrichtungen und verbundenen Institutionen vorantreiben. Zukunftsprojekt „Neue Werkstoffe“ soll beispielhaft die Zusammenarbeit und Netzwerkbildung verdeutlichen. Technologieschub für mehr Nachhaltigkeit.</p>	<p>Förderung von Forschung und Entwicklung stärker auf den Mittelstand ausrichten. Kooperation zwischen Wissenschaft und mittelständischen Unternehmen intensivieren. Patentwesen stärker auf die Bedürfnisse des Mittelstands ausrichten. Illegales Kopieren von Patenten als Straftat ahnden. Kosten für Anmeldung und Aufrechterhaltung eines Patents gerade für kleine und mittlere Unternehmen senken. Finanzierung über Fremdkapital, die durch die Unternehmensteuerreform - Stichwort Zinsschranke - verteuert wurde, wieder erleichtern. Verluste von Investoren, die mehr als 25 Prozent an einem Unternehmen erwerben, steuerlich wieder voll anerkennen. Staatliche ERP-Fördermittel für den Mittelstand vor Spekulationsverlusten der KfW schützen. KfW wieder auf ein reines Förderinstitut zurückführen.</p>
Mitbestimmung	<p>Mitbestimmung der Beschäftigten ausbauen. Beteiligung von abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften an wesentlichen Entscheidungen der Unternehmen stärken. Paritätische Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten auf alle privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ausweiten, die mehr als 100 Beschäftigte haben. Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen auch in kleineren Betrieben im Betriebsverfassungsgesetz verankern. Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten verbessern. Den Antistreibparagraphen abschaffen. Streikrecht auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen ausweiten. Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zum Schutz geltender Tarife einführen. Recht auf politischen Streik wie in anderen Ländern Europas durchsetzen.</p>	<p>Erhalt und Stärkung des deutschen Mitbestimmungsmodells. Gesetzlichen Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festlegen. Feindliche Übernahmen dürfen kein mitbestimmungsfreier Raum mehr sein. Umgehung der Mitbestimmung durch Auslagerung in faktisch beherrschte Tochterunternehmen beenden. Mitbestimmung bei Fragen der Ausbildung und Weiterbildung im Betrieb ausbauen. Mitbestimmung beim Einsatz von Zeitarbeit stärken. Rechte der Betriebsräte bei der Frauenförderung stärken.</p>	<p>Mitbestimmung in den Unternehmen stärken. Arbeitnehmerseite in Zukunft an Entscheidungen über große Unternehmensumstrukturierungen beteiligen. Mitbestimmung über den Einsatz von Leiharbeitnehmern. Paritätische Mitbestimmung für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten. Bei 200 bis 1.000 Mitarbeitern soll die drittparitätische Mitbestimmung eingeführt werden. »Unternehmensinteresse« im Aktienrecht auf Arbeitnehmerinteressen und Gemeinwohlinteressen ausdehnen. Mitbestimmung auch in Unternehmen mit europäischer Rechtsform gewährleisten.</p>	<p>Die Worte Mitbestimmung, Betriebsrat oder Betriebsräte werden nicht erwähnt.</p>	<p>Kosten der betrieblichen Mitbestimmung begrenzen. Gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduzieren. Betriebsrat erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten und dabei Wahlquorum von 50 Prozent. Freistellung von Betriebsratsmitgliedern erst in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten. Drittparität, wie sie bereits in den meisten Kapitalgesellschaften mit weniger als 2.000 Beschäftigten existiert, muss die paritätische Mitbestimmung ersetzen. Ehrenkodex für Betriebsräte entwickeln. Betriebsversammlung das Recht einräumen, die Offenlegung der gezahlten Aufwendungen an die einzelnen Betriebsratsmitglieder zu verlangen.</p>

	LINKE	SPD	Grüne	CDU / CSU	FDP
Beteiligung von Mitarbeitern	<p>Wirtschaft demokratisieren: Belegschaften an den großen Unternehmen beteiligen. Staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und Belegschaften vergeben. Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen mit demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verbinden. Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind.</p>	<p>Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausbauen. In der Krise gilt: Wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorübergehend auf Einkommen verzichten, um ihre Unternehmen zu stabilisieren, müssen sie im Gegenzug auch mit allen Rechten an den Unternehmen beteiligt werden.</p>	<p>Stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Betriebsvermögen.</p>	<p>Zur Beteiligung von Mitarbeitern oder Belegschaften gibt es keine Aussage</p>	<p>Nur im Zusammenhang mit der Altersvorsorge: Um die betriebliche Vorsorge und Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung zu stärken, sollen Gewinnbeteiligungen der Arbeitnehmer in die abgabenfreie Entgeltumwandlung einbezogen werden können.</p>
Konsequenzen aus der Krise für Manager und Unternehmen	<p>DIE LINKE fordert, dass die Verursacher der Krise die Hauptlast tragen. Deshalb sollen die Steuern auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich steigen. Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen: Privatvermögen von über einer Million Euro mit fünf Prozent besteuern. Börsenumsatzsteuer wieder einführen. Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren unabhängig von der Haltedauer zusammen mit anderen Einkünften zum persönlichen Einkommensteuersatz versteuern. Senkung der Körperschaftsteuer von 25% auf 15% zurücknehmen und die Bemessungsgrundlage verbreitern. Höhere Erbschaftssteuer realisieren. Im Gegenzug Steuern auf geringe und mittlere Einkommen senken.</p>	<p>Vergütungen und Abfindungen des Vorstands oberhalb von einer Million Euro nur noch zur Hälfte steuerlich anerkennen. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile an mehrjährige Bezugszeiträume binden und erst am Ende dieser Mehrjahresperiode auszahlen. Wechsel bisheriger Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsrat erst nach zwei Jahren. Im Aktiengesetz festschreiben, dass Unternehmen nicht nur den Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmern sowie dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Volles Stimmrecht für Aktionäre an eine Mindesthaltedauer der Aktien von einem Jahr knüpfen. Freiwillige Initiativen der Wirtschaft im Sinne einer Corporate Social Responsibility unterstützen.</p>	<p>Betriebsausgabenabzug von Managergehältern auf 500.000 Euro jährlich pro Kopf begrenzen. Wo die öffentliche Hand Einfluss auf Managergehälter hat, soll sie eine maßvolle Entlohnung durchsetzen. Kein direkter Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat. Zahl der Aufsichtsratsmandate gesetzlich auf maximal fünf pro Person beschränken. 50-prozentige Quote für Frauen in Aufsichtsräten. Haftung des Managements verschärfen. Unternehmenskultur fördern, die frei von Vorurteilen ist und »Diversity Management« fördert.</p>	<p>Aus europäischer Tradition ein Modell entwickeln, das sich vom bisherigen angloamerikanischen geprägten unterscheidet. Überarbeitung der internationalen Standards zur Rechnungslegung. Das vom ehrbaren Kaufmann zu beachtende Prinzip der Vorsicht und Vorsorge muss Bewertungsmaxime sein.</p>	<p>In der Hauptversammlung Rechte der Aktionäre als Eigentümer des Unternehmens stärken. Hauptversammlung soll Grundsätze der Vergütung festlegen und über die Transparenz der Vergütung entscheiden. Aufsichtsrat hat dafür zu sorgen, dass die Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und der Lage der Gesellschaft stehen. Vergütungen stärker am dauerhaften Erfolg des Unternehmens ausrichten. Vorstandsmitglieder nicht nur am Erfolg, sondern auch am Misserfolg des Unternehmens beteiligen. Einführung einer Mindestwartefrist von 3 Jahren für ehemalige Vorstandsvorsitzende beim Wechsel zum Aufsichtsratsvorsitzenden desselben Unternehmens. Begrenzung der Aufsichtsratsmandate auf höchstens fünf pro Person. Aufsichtsräte auf maximal zwölf Mitglieder begrenzen.</p>
Missbrauch von Marktmacht	<p>Strikteres Wettbewerbs- und Kartellrecht gegen Strom- und Gaskonzerne schaffen. Das Energiekartell entflechten und Energieversorgung weitgehend rekommunalisieren. Energie monopolen schrittweise auflösen. Vorschriften für die Auftragsvergabe an und von Großunternehmen verschärfen.</p>	<p>Bei Zusammenschlüssen von Unternehmen das Wettbewerbsprinzip erhalten und die Interessen von Verbrauchern nicht verletzen.</p>	<p>Märkte zum Mittel machen, ökologische und soziale Ziele zu erreichen. Wir kämpfen gegen die marktbeherrschende Stellung eines oder einiger weniger Unternehmen, für einen fairen Marktzugang für alle Marktteilnehmer, gegen überflüssige Bürokratie oder unsinnige Dauersubventionen, denn sie verhindern Wettbewerb und Innovation.</p>	<p>Das Wort Marktmacht wird nicht erwähnt.</p>	<p>Missbrauch von Marktmacht wirksam verhindern, jedoch den Bürgern ihre Eigenverantwortung lassen. In das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ein Entflechtungsinstrument integrieren. Als Ultima Ratio muss es möglich sein, aufgeteilte Märkte neu zu strukturieren und so für Wettbewerb zu sorgen. Unabhängiges Europäisches Kartellamt schaffen.</p>

<p>Tariftreue, Vergaberecht</p>	<p>LINKE</p> <p>Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien abhängig machen. Zahlung von Tariflöhnen beziehungsweise eines gesetzlichen Mindestlohns. Gleichstellung von Frauen und Männern. Förderung und gleichberechtigter Zugang von Menschen mit Behinderung und von Menschen mit Migrationshintergrund. Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen.</p>	<p>SPD</p> <p>Unterstützung des Qualitätswettbewerbs im Vergaberecht. Wettbewerb darf aber nicht zu Lasten der Arbeitsbedingungen und Löhne gehen. Möglichkeiten des neuen Vergaberechts nutzen, um mittelständische und tariftreue Unternehmen zu stärken. Im EU-Vergaberecht die Zulässigkeit ökologischer und sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konkretisieren und erweitern.</p>	<p>Grüne</p> <p>Soziale und Nachhaltigkeitskriterien im Vergaberecht rechtssicher und handhabbar ausgestalten. Kleine und mittlere Unternehmen nicht länger benachteiligen. Aufteilung von Ausschreibungen in viele kleine Ausschreibungen, um Handwerk und Kleinbetriebe zu stärken.</p>	<p>CDU / CSU</p> <p>Die Worte Tariftreue und Vergaberecht werden nicht erwähnt.</p>	<p>FDP</p> <p>Vergabefremde Kriterien abschaffen. Bundesweite elektronische Ausschreibungsbekanntmachung oberhalb von Bagatellgrenzen einführen. Mit einer Vergaberechtsreform die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand deutlich verbessern.</p>
<p>Europäische und Internationale Wirtschaftspolitik</p>	<p>Europäische Wirtschaftsregierung einrichten. Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik koordinieren. Europäische Zentralbank (EZB) gleichrangig zur Preisstabilität auch auf die Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichten. EZB durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kontrollieren. Soziale Fortschrittsklausel mit dem Titel „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sichern“ in europäische Verträge aufnehmen. Internationales Finanzsystem reformieren. Spekulation mit Währungen durch feste, aber veränderbare Wechselkurse eindämmen.</p>	<p>Wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung auf Ebene der EU verbessern und verbindlicher regeln. Gerade in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise brauchen wir jetzt einen qualitativen Schritt hin zu einer starken gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik.</p>	<p>Europäische Zentralbank auf Geldwertstabilität und stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung einschließlich Beschäftigung ausrichten. Stabilitäts- und Wachstumspakt muss Anreize zum Sparen in wirtschaftlich guten Zeiten setzen, im Gegenzug zur Abwendung einer Krise einen größeren finanzpolitischen Spielraum lassen. Derzeitige de-facto-Aussetzung des Stabilitätspaktes ist richtig, aber aus der Not geboren. Entwicklungsländer sollen ihre noch im Aufbau befindenden Industrien, Landwirtschaft und Dienstleistungssektoren vor übermächtiger Konkurrenz schützen dürfen.</p>	<p>Am europäischen Stabilitätspakt festhalten. Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank verteidigen. In den WTO-Verhandlungen fairer Ausgleich mit den Entwicklungsländern. Bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel. Wirksame Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums. Für weltweit geltende angemessene Gesundheits-, Tierschutz- und Umweltstandards. Soziale Mindeststandards einhalten. Abschluss der Doha-Runde, um Handelsbarrieren abzubauen und Märkte zu öffnen.</p>	<p>Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank verteidigen. Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) für den Erhalt des multilateralen Welthandelssystems einsetzen. Für internationale Wettbewerbsregeln unter dem Dach der WTO sorgen. Unverzügliche Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen. Den WTO-Generalsekretär als Schlichter einsetzen.</p>